

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil.
Die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil.
Die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann
keine Gewähr übernommen
werden.

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich, mit Trägerlohn.
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Sollung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Sernsprecher Nr. 9.
Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag
der A. Oeschläger'schen
Buchdruckerei.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Nr. 61

Montag, den 15. März 1926.

100. Jahrgang.

Reichsregierung und Wirtschaft.

Prüfung der Grundlagen der deutschen Wirtschaft.

Berlin, 15. März. Die Reichsregierung hat dem Reichstag soeben eine Vorlage zugehen lassen, worin der Vorschlag einer neuen Wirtschaftsenquete gemacht wird. Die Vorlage greift zurück auf wiederholte Anregungen, die vom Reichstag, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und auch vom Verein für Sozialpolitik im Laufe des vergangenen Jahres an die Regierung herangebracht worden sind. In allen drei Fällen war man der Auffassung, daß die Notwendigkeit bestehe, eine Prüfung der Grundlagen der deutschen Gesamtwirtschaft vorzunehmen und Klarheit zu schaffen über die Produktionsmöglichkeiten bei Industrie und Landwirtschaft. Der Ausschuss soll sich aus 24 Mitgliedern zusammensetzen. Diese 24 Mitglieder haben dann das Recht der Zeugenvernehmung, wobei das Steuergeheimnis unter allen Umständen geschützt werden muß. Sie haben auch das Recht der Immunität. Die Veröffentlichung der Ergebnisse erfolgt auf dem Umwege über die Reichsregierung, die sich gleichzeitig zu allen Sitzungen für ihre Bevollmächtigten Zutritt gesichert hat. Auch das Arbeitsprogramm ist mit Zustimmung der Reichsregierung aufzustellen.

Der Zweck des Ausschusses ist in der Vorlage der Regierung abichtlich sehr weit gehalten. Es wird von ihm lediglich gesagt, daß er „zur Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“ dienen soll, während der Reichswirtschaftsrat, dem der Entwurf bereits vorgelegt wurde, eine engere Begrenzung haben wollte, in der Richtung, daß der Ausschuss „zur Untersuchung der für die Grundlagen der deutschen Gesamtwirtschaft wichtigen Erzeugnisse und Absatzverhältnisse“ einberufen werden soll. Der Reichswirtschaftsrat wird dabei im Auge gefaßt haben, daß die Gefahr besteht, daß der Ausschuss sich allzusehr in Einzelheiten verlieren könne. Die Reichsregierung ist diesem Vorschlag nicht gefolgt. Sie ist der Meinung, daß, wenn auch der Ausschuss sich nur mit der Prüfung der allgemeinen und der grundsätzlichen Wirtschaftslage befaßt, die Untersuchung von einzelnen Fragen nicht zu vermeiden sein wird, daß es deshalb ungewöhnlich ist, das Programm gar zu sehr zu beschränken und dem Ausschuss deshalb die Bewegungsfreiheit zu nehmen, die er zur Erreichung seiner Ziele braucht, umso mehr, als ohnehin schon die Absicht bestand, einen Ausschuss zur Prüfung des Kartellwesens einzusetzen, der durch diesen großen Ausschuss jetzt überflüssig gemacht wird.

Gleichzeitig hat die Reichsregierung in das Gesetz d. besondere Bestimmung aufgenommen, daß ein eigener Unterausschuss von mindestens zehn Mitgliedern mit der Untersuchung der Frage zu beauftragen ist, in welcher Weise die Dauer der Arbeitszeit nach den Erfahrungen der letzten Jahre auf die Arbeitsleistung eingewirkt hat. Dieser Untersuchungsausschuss wird besonders rasch arbeiten müssen, weil die Regierung bereits in der nächsten Zeit dem Reichstag den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes vorzulegen beabsichtigt. Darüber hinaus soll der Ausschuss auch das Material liefern, das die deutsche Regierung für die vom Völkerbund einzuberufende Weltwirtschaftskonferenz braucht. Es wird aber auch dem deutschen Volk selbst einen Ueberblick über unser gesamtes Wirtschaftsleben ermöglichen. Er wird vor allem dem Ausland begreiflich machen können, daß unsere gegenwärtige Wirtschaftslage keineswegs so günstig ist, wie sie der Reparationsagent in seinem ersten Jahresbericht dargelegt hat, woraus sich wieder der Nachweis ergeben muß, daß wir auf die Dauer nicht imstande sind, die Summen zu bezahlen, die der Dawesplan aus uns herauspressen will.

Die Verschuldung der Landwirtschaft

Der Reichsernährungsrat im Haushaltsausschuss.
Am Berlin, 15. März. Im Haushaltsausschuss des Reichstages stellte Reichsminister Dr. Haslinder fest, daß die Reichsregierung entschlossen sei, die Bauern- und Landarbeiterbedürfnisse im Osten zu fördern. Mit der Frage des Kartoffelablasses habe sich das Ministerium eingehend beschäftigt. Diese Frage steht hinter dem Problem des Roggenablasses kaum zurück. Den Schwierigkeiten der flächserarbeitenden Industrie hoffe die Regierung durch eine Kreditaktion entgegenzuwirken.
Staatssekretär Hagedorn erklärte: Die Wiedereinstellung der Zwangswirtschaft für Stickstoff habe bereits zu einer Zunahme des Verbrauchs geführt. Die gleiche Form solle auch für Phosphor und Kali eingeführt werden. Auf weitere Anfragen gab ein Regierungsvertreter statistische Auskünfte über die Verschuldung der Landwirtschaft. Es seien zwei Milliarden Personal-, eine Milliarde Real- und drei Milliarden Aufwertungskredite, zusammen also sechs Milliarden Kreditschulden vorhanden. Die zwei Milliarden Rentenbankgrundschulden seien nicht mitgerechnet.

Vor der Entscheidung in Genf.

Neue Lösungsmöglichkeiten.

Am den polnischen Ratsitz.
Am Genf, 15. März. Vanderveelde erklärte am Samstag nach Schluss der Ratsitzung, daß die Völkerbundsvollversammlung sich am Dienstag mit dem Aufnahmeforsch Deutschland beschäftigen werde. Sollte man bis dahin zu keinem befriedigenden Ergebnis gelangt sein, so würden eben alle interessierten Mächte vor dem Forum der Vollversammlung ihre Ansprüche und Auffassungen darlegen und Rechenschaft darüber ablegen müssen, was die einzelnen im Interesse der Gesamtheit zur Herbeiführung einer Einigung getan hätten und was sie in dieser Richtung nunmehr zu tun gedächten.

Die Festsetzung der Vollversammlung zur Behandlung des deutschen Aufnahmeforsch am Dienstag hat die um eine Lösung bemühten Staatsmänner unter einem starken Druck gesetzt, denn nur 48 Stunden Zeit sind ihnen geblieben, falls sie am Dienstag nicht das Schauspiel bieten wollen, nach zehn Tagen mühsigen Verhandels ihre Ohnmacht zur Beilegung des Konflikts bekennen zu müssen. So darf man denn von einer fieberhaften diplomatischen Tätigkeit sprechen, die am Samstag abend mit der Einladung Briands an Stresemann einsetzte, und zu einem zweitägigen Gespräch bis 12 Uhr nachts führte. Die vertrauliche Besprechung der Ratsmitglieder, die gestern um 5 Uhr stattfinden sollte, ist vorläufig vertagt worden. Gestern abend waren Reichsstaatskanzler Dr. Luther und Dr. Stresemann Gäste des schwedischen Außenministers Uden.

In Kreisen der deutschen Delegation wird die Lage nach wie vor sehr ernst beurteilt. Im Vordergrund der Besprechungen des Sonntags stand der Vorschlag auf Einsetzung einer Ratskommission zur Bearbeitung des Problems zur Erweiterung des Rates und die dieser Kommission zu erteilenden Direktiven, ferner die Frage des Verzichtes eines nichtständigen Ratsmitgliedes auf seinen Sitz, der von der Vollversammlung neu besetzt werden soll. In den gestrigen Nachmittagsstunden war im Völkerbundspalast die Ansammlung verbreitet, daß es sich bei dem Verzicht eines Ratsmitgliedes nur um die Tschechoslowakei oder Belgien handeln könne, während man in den Kreisen der französischen Delegation davon sprach, daß vier

Ratsmitglieder auf ihre Posten verzichten sollen und von der Vollversammlung die vier frei werdenden Posten durch eine Wahl ersetzt werden, um Polen die Gelegenheit zu geben, für einen nichtständigen Ratsitz zu kandidieren.

Polen soll in den Rat geschmuggelt werden.
Der Sonderberichterstatter des Berliner Lokalanzeigers meldet am Sonntag aus Genf: Unter der Führung Belgiens hätte nunmehr der größte Teil der nicht ständigen Mitglieder des Rates beschlossen, auf ihre Ratsitze zu verzichten und noch in dieser Session Neuwahlen vorzunehmen zu lassen. Dies würde bedeuten, daß Polen unter allen Umständen in dieser Session in den Rat gewählt würde. Es stehe noch nicht fest, welche Macht auf diese Weise aus dem Rat herausgewählt werden würde, um dann im Herbst wieder in den Rat hineingewählt zu werden. Vanderveelde habe Stresemann gestern von dieser neuesten „Schiebung“ unterrichtet. Es sei nunmehr die Frage wie lange Deutschland noch diese Schiebungen und unerhörten Zumutungen, die angeblich eine Friedenssüchte einleiten sollen, mitmachen werde.

Zurückziehung der Ansprüche Spaniens und Brasiliens.
Am London, 15. März. Wie der diplomatische Korrespondent des Observers aus diplomatischen Kreisen erfährt, haben Spanien und Brasilien ihre Ansprüche auf einen permanenten Sitz im Völkerbund endgültig zurückgezogen und sich entschlossen, für Deutschlands permanenten Sitz ohne Bedingungen zu stimmen. Dies mache es wahrscheinlich, daß Polens Anspruch ebenfalls fallen gelassen werde (?). In diplomatischen Kreisen hofft man noch, daß die Entwicklung den toten Punkt überwinden und den Tag für Deutschlands endgültigen Eintritt in den Völkerbund und den Völkerbundsrat ebnen wird.

Ein Stresemann-Interview.
Am London, 15. März. Der Observer veröffentlicht gestern ein seinem Genfer Korrespondenten von Stresemann gewähltes Interview. Dr. Stresemann erklärt danach, man habe Deutschland gedrängt, der Schaffung eines nicht ständigen Sitzes für Polen zuzustimmen. Diesen Vorschlag habe Deutschland getreu seinen Grundfäden nicht anerkennen können. Die Forderung, daß Deutschland vor seinem Eintritt eine Verpflichtung übernehmen soll, könne weder durch das Statut des Völkerbundes noch durch irgendein von Deutschland gegebenes

Tages-Spiegel.

Die Entscheidung über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund soll in der morgigen Vollversammlung fallen.
Um Polen einen nichtständigen Ratsitz zu verschaffen, betreibt Frankreich den Rücktritt einzelner Mächte aus dem Rat.
Die deutsche Delegation lehnt nach wie vor eine Einmischung Deutschlands in interne Völkerbundsfragen vor Aufnahme in den Rat ab.
Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Vorlage über eine neue Wirtschafts-enquete zugehen lassen.
Die Londoner Arbeitszeitkonferenz beginnt Montag vormittag 11 Uhr mit einer öffentlichen Sitzung.
Japan hat in einer scharfen Note an die Pekinger Zentralregierung gegen die Beschießung japanischer Torpedoboote durch die Taku-Forts protestiert.
In Preußen wurden 34 Bergleute durch einen Erdrutsch verschüttet, konnten aber bis auf zwei gerettet werden.

Bersprechen gerechtfertigt werden. Dies stünde nach deutscher Auffassung im Konflikt mit den Zielen des Völkerbundes. Deutschland sei ungeheuer viel an einer Verbesserung der Beziehungen mit Frankreich und Polen gelegen. Aus diesem Grunde soll man Deutschlands künftiges Recht als Völkerbunds-ratsmitglied nicht mißbrauchen. Im übrigen läge die Frage der Zuteilung nicht ständiger Ratsitze innerhalb des Souveränitätsrechtes der Völkerbundsvollversammlung. Wenn Deutschland sich vor seinem Eintritt in dieser Frage bindet, würde das Recht der ganzen Körperschaft der Vollversammlung und des Völkerbundesrats ernst präjudiziert werden. Deutschland selbst würde sich von Beginn an im Völkerbunde in einer falschen Stellung befinden. Diese Erwägungen hätten es der deutschen Delegation unmöglich gemacht, den oben erwähnten Forderungen ihre Zustimmung zu geben.

Erste Besorgnis in England.
Am London, 15. März. Die gestrigen Sonntagblätter geben ihrem Abscheu über die Intrigen Frankreichs und seiner Trabanten in spaltenlangen Artikeln mit scharfen Worten Ausdruck. Alle Feinde des Vertrages von Locarno, schreibt der Observer, jubilieren und alle Freunde seien angeekelt. Amerika sei jetzt dem Völkerbund mehr entfremdet, als es je gewesen sei. Die korrekte Haltung der deutschen Delegation wird hier überall hervorgehoben. Der Observer versichert, daß man in Deutschland nicht zu fürchten brauche, man werde Deutschland zum Sündenbock machen, falls die Sache schief ablaufe. Ueber die Ursache der Genfer Vorgänge herrscht Einstimmigkeit. Ein Blatt vergleicht die Lage mit der des Jahres 1914. Hätte Großbritannien damals seine Absichten klar ausgesprochen, so würde es nie zum Kriege gekommen sein. Aber die gleiche Taktik, die damals das Unglück heraufbeschworen hätte, habe auch die heutige Situation geschaffen. Falls es Ansten Chamberlain nicht noch in letzter Stunde gelingen sollte, einen Ausweg zu finden, so müsse seine Stellung als endgültig erschüttert betrachtet werden.

Italienische Hege.

Am Rom, 15. März. Die italienische Presse gefällt sich darin, die Haltung Deutschlands in Genf mit der bekannten Hege zu umgeben und Deutschland die Verantwortung für den etwaigen Abbruch der Genfer Verhandlungen zuzuschreiben. Deutschland wolle, so schreibt die „Tribuna“, schon vor seinem Eintritt eine herrschende Rolle spielen. Das dürfte nicht geduldet werden. „Popolo d'Italia“, das Blatt Mussolinis, sagt, die besiegte Nation, der es nur auf Grund ideologischer Utopien gelungen sei, überhaupt zum Völkerbunde zugelassen zu werden (!), stelle noch unerhörte Forderungen. Das sei ein Beweis für die Schwäche der Siegerstaaten und für die verworrenen Anschauungen, die im Völkerbunde herrschten. Ein Sieg der deutschen Forderungen würde einer völligen Niederlage der Alliierten gleichkommen und den europäischen Frieden ernstlich gefährden. Nur Mussolini durchschaue die ganze Lage. Deshalb habe er in Genf wissen lassen, wenn italienische Fragen auf dem Spiele ständen, würde er eine derartige Haltung nicht geduldet haben, sondern wäre ohne Rücksicht auf den Völkerbund vorgegangen. „Popolo d'Italia“ meint, wahrscheinlich werde es Deutschland doch noch gelingen, seine Forderungen durchzusetzen, weil es die augenblickliche innerpolitische Schwäche der Stellung Briands geschickt ausmühe und außerdem von England, dem ein positiver Abschluß erwünscht sei, unbegreiflicherweise Entgegenkommen erfahre. Vor allem aber stütze sich Deutschland auf die sozialdemokratisch verfeuchten kleineren Staaten, bei denen sich der Geist von Locarno mehr durchgesetzt habe, als man angenommen hätte.

Kleine politische Nachrichten.

Geringe Abnahme der Erwerbslosenziffer. Die Zahl der Erwerbslosen hat in der zweiten Hälfte des Februars keine nennenswerte Veränderung erfahren. Zwar hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger gegenüber dem Stand vom 15. Februar um rund 22 000 vermindert, dem steht aber bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern eine Zunahme von rund 20 000 gegenüber. Die Gesamtzahl ist von 2 058 392 am 15. Februar auf 2 056 807 am 1. März zurückgegangen. Das bedeutet eine Abnahme um 1 je 1000. Die Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen weist für den gleichen Zeitraum dagegen einen Rückgang von über 51 000 auf. Während der Jan. eine Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger um 545 000 gebracht hatte, zeigt die Zahl für den ganzen Monat Februar noch eine geringe Zunahme von 26 161 gegenüber dem Vormonat.

Der bairische Staatspräsident in München. Der bairische Staatspräsident, Trunz, ist zur Erwidmung des Besuchs des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held in München eingetroffen. Zu seiner Begrüßung hatten sich am Bahnhof der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und Minister des Innern Dr. Stügel, eingefunden. In der Begleitung des Staatspräsidenten befindet sich der bayerische Gesandte Dr. Fischer.

England und der türkisch-französische Vertrag. Im Augenblick der Abreise Briands nach Genf wird von den dem Quai d'Orsay nahestehenden diplomatischen Kreisen bekanntgegeben, daß soeben zwischen England und Frankreich ein Abkommen über den neuen französisch-türkischen Vertrag von Angora zustande gekommen sei. Alle durch den Vertrag zwischen den beiden Ländern entstandenen Schwierigkeiten seien beseitigt und das Abkommen sei in der herzlichsten Form abgefaßt.

Drohende Niesenausperrung in England. Die im wilden Streik stehenden Metallarbeiter in London haben sich der Aufforderung ihrer Gewerkschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, widersetzt. Es besteht nun die Gefahr, daß die Arbeitgeber die angeordnete Aussperrung von 500 000 Arbeitnehmern wahrnehmen werden, wenn die Gewerkschaften nicht völlig von den Streikenden abrücken. In den Massen der englischen Metallarbeiter ist jedoch die Mißstimmung über die niedrigen Löhne so groß, daß die Gewerkschaften ein Ausschlußverfahren gegen die 900 Streikenden wohl kaum wagen.

Die Heeresvorlage im italienischen Senat angenommen. Der italienische Senat hat die die Militärrform betreffenden Gesetze angenommen. Mussolini erklärte, daß die Gesetze das Ergebnis eingehender Studien seien und gleichzeitig dasjenige darstellten, das bei der heutigen Finanzlage verwirklicht werden könne. Er betonte zum Schluß, daß die Zeiten unsicher seien. Man müsse daher gerüstet sein.

Parlamentsauflösung in Rumänien. Das Kabinett hat beschlossen, das Parlament vom 27. März bis zum 7. April in die Ferien zu schicken und die Kammer am 6. April offiziell aufzulösen. An demselben Tage wird die Regierung zurücktreten. Innerhalb 5 Tagen soll dann die Neubildung der Regierung erfolgen und weitere 7 Wochen sollen dann der Vorbereitung der Neuwahlen dienen. Die Neuwahlen sind für den 7. Juli festgesetzt. Dieser Beschluß geht auf die Gutachten mehrerer bekannter Rechtsfachverständiger zurück, da man sich über den Termin des rumänischen Parlaments bisher nicht einigen konnte.

Studentenstreik in Rumänien. Die rumänische nationalsozialistische Studentenschaft beschloß, den Generallstreik in den Universitäten solange durchzuführen, bis der numerus clausus für die Juden eingeführt sei. Der Unterrichtsminister verfügte die Schließung aller Hochschulen des Landes.

Das amerikanische Volk gegen die Prohibition. Die von großen New Yorker Tageszeitungen veranstalteten Probeabstimmungen über die Prohibition beweisen, wie sehr die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes von der Undurchführbarkeit der Prohibition überzeugt ist. Die Abstimmung der Hearstpresse hatte bisher folgendes Ergebnis: 154 933 Personen stimmten gegen die Prohibition überhaupt, 170 298 wollten wenigstens Bier und Wein zugelassen haben, während nur 30 484 für die Beibehaltung der Prohibition eintraten.

Aus dem Reichstag.

Wieder Einmütigkeiten im Reichstag.

Berlin, 14. März. In der Freitagssitzung des Reichstags wurden die Beratungen über den Etat des Reichsinnenministeriums fortgesetzt, wobei es wie am Tage vorher zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem völkischen Abgeordneten Kube und dem sozialdemokratischen Redner Landsberg kam. Nachdem der sozialdemokratische Redner die Person des Abgeordneten Kube schwer angegriffen hatte, und unter anderem behauptete, Kube bedeute im Deutschen soviel wie „der kleine Jakob“, kam es wieder zu lebhaften Zwischenrufen der Sozialdemokraten und Völkischen. Weitere Ausführungen Landsbergs riefen bei den Völkischen und bei den Deutschnationalen Entrüstung hervor, besonders als er betonte, daß es völlig berechtigt sei, daß der Königsplatz „Platz der Republik“ genannt werde. Er verlangt weiter, daß man von jedem Beamten ein klares Bekenntnis zur republikanischen Staatsform verlangen müsse. Hier fehlten wiederholt Zwischenrufe der Deutschnationalen ein, die sich bis zum Lärm steigerten. Dem Redner wird verschiedentlich unter Bezugnahme auf die vorherigen Ausführungen des Reichsinnenministers Dr. Kütz das Wort „berzeitigt“ zugerufen. Nachdem sich der Sturm gelegt hat, spricht Dr. Vredt für die Wirtschaftliche Vereinigung, und damit schließt die allgemeine Aussprache. Einige persönliche Erklärungen des Abgeordneten Kube (Völkisch) rufen wieder lebhaftige Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten hervor. Verschiedentlich tönt ihm von hier der Ruf „unverschämter Bimmel“ entgegen. Auch Landsberg (Soz.) ergreift das Wort zu persönlichen Bemerkungen und wendet sich wieder scharf gegen Kube, was wieder bei den Völkischen Lärmjahren hervorrief. Dann trat das Haus in die Einzelberatung ein, die sich bis gegen 8 Uhr hinzog, wo sich dann glücklich noch 4 oder 5 Abgeordnete im Haus befanden.

Die Lage der Reichsbahn.

Weitgehende Reformen und Umstellungen.

Berlin, 15. März. Die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft kann keineswegs als günstig bezeichnet werden, da die Einnahmen aus dem Personen- u. Güterverkehr in den letzten Monaten um durchschnittlich 50 Millionen Mark gegen die normalen Einnahmen zurückgeblieben sind. Auch der März, der für gewöhnlich eine Belebung des Güterverkehrs bringt, hat bisher kein Anzeichen für eine Besserung erkennen lassen. Die Lage der Reichsbahngesellschaft wird daher an zuständiger Stelle recht pessimistisch beurteilt. Man ist der Ansicht, daß bei den geringen Einnahmen und dem stark verringerten Verkehr der bisherige Betrieb sich nicht wird voll aufrecht erhalten lassen. Daß die Reichsbahn bereits irgendwelche Vorbereitungen oder Maßnahmen zur Einschränkung getroffen hat, trifft nicht zu, jedoch ist sie damit beschäftigt, sehr umfangreiche Ermittlungen vorzunehmen, um festzustellen, welche Personen- und Güterzugstrecken sich bei dem geringen Verkehr nicht mehr rentieren und wie sonst an allen Ecken und Enden Ersparnisse erzielt werden können. Man hat bei der Reichsbahn endlich eingesehen, daß derartige Schwierigkeiten nicht durch eine Erhöhung der Tarife beseitigt werden können, da schon die gegenwärtigen Tariffsätze für die geschädigte Wirtschaft nicht tragbar sind. Man wird daher versuchen, durch weitgehende Reformen und Umstellungen aller Art den Betrieb rentabel zu gestalten. Zweifellos bestehen hier noch große Möglichkeiten, denn der Eisenbahnbetrieb steckt noch aus früherer Zeit her in einem unrentablen und kostspieligen Bürokratismus, der bisher noch keineswegs beseitigt worden ist. Der Generaldirektor Dr. Defer scheint jedoch nicht entschlossen zu sein, mit dem überlebten bürokratischen System emigriert zu brechen, um an seiner Stelle kaufmännischen Geist und kaufmännisches Gebahren zu setzen.

Die Gewerkschaften zur Urteilsbegründung im Reichsbahnprozeß.

U Berlin, 15. März. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands sucht in seiner Stellungnahme zu dem Urteil, durch das die Klage der Gewerkschaften gegen die Reichsbahngesellschaft abgelehnt wurde, die wesentlichsten Punkte der Urteilsbegründung zu widerlegen. Das Gericht habe außer Acht gelassen, daß nach dem Reichsbahngesetz nach den Vereinbarungen die durch die Verbindlichkeitsklärung zustandgekommene Zwangsvereinbarung abgeschlossen sei. Die Anpassung des Schlichtungsverfahrens an die Lage der Reichsbahn und die Rücksichtnahme auf ihre Reparationsbelastung sei durchaus erfolgt. Der Erklärung, daß das ordentliche Gericht in dieser Sache allein zuständig sei, sei zugestimmt. Wenn die völlige Unabhängigkeit der Reichsbahn in ihrer Lohnpolitik anerkannt werde, müßte letzten Endes den Gewerkschaften das Recht der Mitbestimmung zugestanden werden.

Unser Recht auf Kolonien.

Von Bernhard R. Wagner.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schafft für dieses Forum der Alliierten und Associates insofern eine ganz neue Lage, als nunmehr die bedeutendste der im Weltkrieg besiegten Mächte, bisher lediglich Objekt der Politik, militärisch und mittend in den internationalen Ring steigen soll. Das kann, wenn anders die deutsche Außenpolitik die ihr damit mit geschichtlich zufallende Aufgabe nicht unerfüllt lassen will, nur zur Folge haben, daß es an den Ufern des Genfer Sees mit der fatten Gemüthlichkeit zu Ende geht. Eine Fülle bisher unter der Dede des Versailler Unfriedens verborgen gehaltenen Probleme drängt sich auf die Tagesordnung, von denen eines der wichtigsten die Revision des uns zugefügten kolonialen Unrechts ist.

Wie das ganze Versailler Diktat auf der Lage von Deutschlands Schuld am Weltkrieg aufgebaut ist, mit der nach Lloyd Georges Ausspruch das ganze Dokument steht und fällt, so wurde zur Bemäntelung des Raubes unserer blühenden Kolonien die koloniale Schuldbilge erfunden, daß Deutschland sich als unfähig und unwürdig erwiesen habe, Kolonien zu verwalten. In krassem Gegensatz zu der von Wilson in seinem fünften Punkte gemachten Zusicherung einer „freien, weitherzigen und unbedingten unparteiischen Schlichtung aller kolonialen Ansprüche“, haben die Mächte auf Grund vorher geschlossener Geheimverträge die Beute untereinander geteilt. Der Charlatan Wilson gab hier wie stets nach, und nur um einigermassen den Schein zu wahren, wurde das Mandatsystem erfunden. Es hatte für die „Mandatsmächte“ sogar den Vorteil, daß sie wertvollen deutschen Kolonialbesitz erhielten, ohne daß ihnen dieser von ihren Reparationsansprüchen abgezogen und Deutschland gutgeschrieben wurde. „In der tatsächlichen Durchführung wirkte der anscheinende Altruismus des Mandatsystems zugunsten der selbstthätigen und materiellen Interessen der Mächte, welche die Mandate übernahmen“, bemerkte Lansing, der Gehilfe Wilsons, bei den Beratungen in Versailles, in seinem bekannten Buch über die Friedensverhandlungen. Da indessen die ehemals deutschen Kolonien so noch de jure unser Eigentum geblieben sind, und die „fortgeschrittenen Nationen“ ihre Vormundschaft einzuweisen nur als „Mandatare des Bundes“ ausüben, liegt die Verpflichtung zur Rückgabe der Kolonien klar auf der Hand, nachdem auch „die Hunnen“, selbst in den Augen der Völkerbundsmächte, wieder zu den fortgeschrittenen Nationen gerechnet werden müssen.

Keine der vielen Kriegssklagen ist so schnell und so gründlich widerlegt worden, wie die über die angebliche koloniale Unfähigkeit Deutschlands. Ein schlagender Beweis für die mustergiltige deutsche Kolonialarbeit ist die Tatsache, daß die Mandatsmächte durchweg nicht einmal imstande waren, das von Deutschland Geschaffene zu erhalten, geschweige denn es fortzubilden. Überall befinden sich unsere ehemals blühenden Kolonien in Verfall, Verwahrlosung und Rückgang, weil die Staaten, denen sie zugefallen sind, mit Kolonien bereits überlastet sind, daß ihnen, abgesehen von sonstiger kolonialer Unfähigkeit besonders bei den Franzosen und Belgiern, einfach die Kräfte fehlen, die neuen Gebiete wirtschaftlich und

kulturell zu fördern. Kein Wunder, daß deshalb bei den Eingeborenen in Ostafrika, Südwest, Kamerun und wo immer früher deutsche Flagge wehte, der Wunsch nach Rückkehr der Deutschen forgesetzt starken Ausdruck findet.

Daß die Begründung des an uns verübten Kolonialraubes ungeheurer Betrag war, geht übrigens auch aus zahlreichen Äußerungen im Lager der Alliierten hervor, die gefallen sind, wenn man dort unter sich war. So erklärte der englische Kolonialminister Winston Churchill auf der britischen Reichskonferenz am 22. Juni 1921 über Ostafrika: „Wir haben versucht, es mit einer Regierung zu versehen, die nicht hinter der deutschen Verwaltung zurückstand. Ich fürchte, daß in einem oder zwei Jahren die Lage ungünstig abschneiden wird bei einem Vergleich mit dem Fortschritt und der Prosperität, als das Gebiete in den Händen unserer früheren Gegner war.“ Diese Befürchtung hat sich sehr bald voll befüllt. Ueber die deutschen Plantagen in Kamerun heißt es in dem amtlichen englischen Bericht von 1921: „Im ganzen sind sie wundervolle Beispiele von Fleiß, begründet auf solide wissenschaftliche Kenntnisse.“ Sogar der französische „L'Intransigeant“, um aus vielen noch eines herauszugreifen, schrieb im August 1923 über die deutsche Kolonialtätigkeit: „Wenn alle französischen Kolonien so ausgerüstet wären, wie Kamerun und Togo, so wäre dies ein großer Schritt auf dem Wege zu einer rentablen Erschließung. Frankreich müsse in seinen Kolonien unbedingt das verbessern, was die Deutschen schon 1913 in ihren Kolonialgebieten verwirklicht hätten.“

Es ist wahrlich ein Höchstmaß widerlicher Heuchelei, wenn uns Grausamkeit in der Eingeborenenbehandlung jüst von Mächten nachgesagt wird, die bei dem Aufbau ihrer Kolonialreiche durch Ströme von Blut gewatet sind. Bekanntlich beruht ein großer Teil des heutigen Reichtums Englands auf dem schimpflichen Sklavenhandel, und die Brutalitäten John Bulls wurden höchstens noch übertroffen von den zu feiger Grausamkeit neigenden Franzosen und Belgiern. Dagegen wirkt sich der im deutschen Wesen liegende Grundzug der Gutmütigkeit auch bei unserer kolonialen Betätigung aus und findet jetzt seinen Lohn in der Treue und Dankbarkeit der Eingeborenen, die sich oft genug in rührenden Äußerungen zu erkennen gegeben haben.

Nie ist unserem Volk, von dem einst große Teile die Kolonialfrage auf die leichte Achsel nahmen, die Bedeutung des Verlustes der Kolonien so zum Bewußtsein gekommen, wie in der gegenwärtigen Zeit schlimmster Arbeitslosigkeit. Wie oft hat früher deutsche unwürdige Selbstverleumdung unseren Gegnern Material für ihre Kolonialklage geliefert, und wie gern würden sich heute Laufende eine sichere Existenz in ferneren Zonen unter deutscher Flagge schaffen.

Zwar ist die koloniale Schuldbilge in der Theorie bereits zurückgenommen worden. Bekanntlich gab Briand bei den Festsprechungen unter anderen schönen Worten auch die Erklärung ab, daß niemand in der Welt Deutschland das moralische Recht auf Kolonien abstreiten könne. Reichskanzler Dr. Luther hat auch amtlich unseren Anspruch auf koloniale Betätigung angemeldet, denn ohne überseeische Kolonisation vermag unsere rohstoffarme Wirtschaft in der Tat nicht zu existieren. Wenn man im Lager unserer Kriegsgegner in dieser wichtigen Lebensfrage unseres Volkes noch immer schwehörtig bleiben will, so erwacht für unsere Diplomatie um so mehr die Pflicht, die Kolonialfrage nicht eher von der Tagesordnung verschwinden zu lassen, als bis das uns zugefügte Unrecht gut gemacht und uns das Recht auf unsere Kolonien wiedergegeben worden ist.

Aus aller Welt.

6 Menschenleben bei einem Brand ungetommen.

In dem Stallgebäude eines Landwirts in Furtch bei Pfarrkirchen (Bayern) brach ein Brand aus, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen. Bei den Aufräumungsarbeiten fürzte eine Zimmerdecke ein, wodurch zwei Feuerwehrleute sofort getötet und drei weitere schwer verletzt wurden. Von diesen Schwerverletzten starb einer im Krankenhaus, später stürzte noch eine Giebelmauer ein und erschlug zwei Personen, während eine weitere so schwer verletzt wurde, daß sie nach einer Stunde verstarb.

Ein Ehrenhain in Mitteldeutschland.

Der zur Vorbereitung des Nationaldenkmals für die Gefallenen im Weltkrieg vom Reichsrat gebildete Ausschuss hat unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Kütz folgende der einmütigen Anregung der zu diesem Zweck vereinigten Frontkämpferverbände beschlossen, die Errichtung eines Ehrenhains für die Gefallenen- und zwar in Mitteldeutschland vorzuschlagen. Der Ausschuss soll in Fällungnahme mit den Verbänden und unter Zuziehung von Sachverständigen mit möglichst Beschleunigung Vorschläge über den Ort des Ehrenhains und die Art seiner Ausgestaltung machen.

Ein Eisenbahnzug vom Sturm ungeworfen.

Bei Triest ist durch den Sturm ein Zug ungeworfen worden, wobei 31 Personen verletzt wurden.

Millionensiftung Rockefeller's für Ausgrabungen.

Der amerikanische Milliardär Rockefeller hat für die Ausgrabungen auf der Akropolis in Athen 800 000 Pfund zur Verfügung gestellt. Diese Ausgrabungen werden unter der Leitung der archäologischen Schule in Athen vorgenommen.

Eine Stadt in einem Hause.

Ein neuer Wolkenträger wird in Newyork errichtet, der ein Hotel mit 5500 Zimmern, eine Kirche, eine Bank, 12 Dachgärten und einen großen Saal für über 2000 Personen aufnehmen wird. Die Baukosten betragen etwa 67 Millionen Mark. Typisch amerikanisch ist der Baugedanke des Erbauers, auf diese Weise ein Denkmal zu errichten, welches dem Dankgefühl des Stiflers Ausdruck geben soll für Errettung des Sohnes von schwerer Krankheit. Dieser Sohn ist Arzt und Missionar und daher auch der Kircheneinbau.

Erdbebentastrophe in Peru.

Nach einlaufenden Nachrichten ist der südliche Teil Perus von einem heftigen mit großen Verwüstungen verknüpften Erdbeben heimgesucht worden. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 15. März 1926.

Preciosa.

(Aufführung der Bürgergesellschaft Calw.)

Die Aufführung des Wolffschen Schauspiels durch die Bürgergesellschaft Calw bedeutet, wie wir bereits in der Samstagausgabe kurz berichten konnten, eine künstlerische Tat und einen vollen Erfolg. Alle Kräfte, welche in schönem Zusammenwirken wirkten, können stolz auf ihre Leistungen sein, denn diese bewegten sich durchweg auf einer außergewöhnlichen Höhe. Vor allem die Spiel- und Tanzleitung von Carl Kleinhuber verdient höchstes Lob; der äußere stilgerechte Rahmen, die Anordnung und Bewegung der Mitwirkenden verrieten eine feinsinnige, auf lebensvollen und ästhetischen Eindruck gerichtete Hand. Die von frischer Romantik erfüllten Szenenbilder, farbig bewegt und geschickt gegliedert, waren von einprägsamer Wirkung. Für die musikalische Leistung zeichnete Kapellmeister Fromm. Besonders die in überzeugenden Zeitmaßen genommene, zum Schluss sehr effektiv angelegte Ouvertüre erweckte sein Führerstab zu flutendem Leben. Die von C. M. Weber mit Vorliebe verwandten Hörner und Holzbläser verstand er wirksam anzusetzen und der durch Adel und Gemütsreichtum ausgezeichneten Kunst des Meisters zu schönster Wirkung zu verhelfen. Das stark besetzte Liebhaberorchester war in Bezug auf Tonfülle und Klangwirkung trefflich zusammengestellt und hielt sich ausgezeichnet. Mit feinem Verständnis hatte Carl Beißer die Einstudierung der Orchesterpartien vorgenommen, während Oberlehrer Grab in ansprechender Weise die Chorgesänge einstudiert hatte. Mag die textliche Grundlage des Wolffschen Wertes ihres ehrwürdigen Alters halber auch nicht mehr die Wirkung ausüben wie vor 100 Jahren, wo unsere Großeltern an Nahrungsgeschäften reiche Schauspiele benutzten, immer wieder lassen wir uns gern von dem Zauber der Romantik umspinnen, der aus Webers Lust in das Zeitalter der Sachlichkeit hereinragt und uns eine Mär von unwahrscheinlichsten, bunten Möglichkeiten vorkauft. Allerdings stellt sich dieser Eindruck nur dann ein, wenn das Werk frei von jeder Schablonen-, gewissermaßen an Leib und Seele neugeboren erscheint. Hier nun beginnt die Aufgabe der Darsteller. Insbesondere ist es die Figur der Preciosa, welche eine eigene Auffassung erfordert. Frau Gertrud Spieghofer gelang es in geradezu hervortragendem Maße, dieser Rolle unter Ausschaltung jeder unnatürlichen Sentimentalität Leben zu geben. Sie erschöpfte dieselbe in ihrer ganzen Zartheit, in Bewegung, Mimikenspiel und Ausdruck gleich anmutig und verinnerlicht. Das längst zum Volkslied gewordene „Einam bin ich nicht alleine“ sang sie mit jeckenvoller Schlichtheit und erzielte so in Tanz, Spiel und Gesang starke Wirkungen. Frau Julie Proß spielte die schwere Rolle der Biarda mit großer Gewandtheit, während Frau Luise Widmaier-Stüber sich durch ein vornehmes, gemütswarmes Spiel auszeichnete. Von den Darstellern seien zunächst P. Spieghofer (Zigeunerhauptmann), E. Kiderer (Don Francisco) und L. Stauff (Don Fernando) genannt, welche sich mit ausgezeichnetem Einfühlungsvermögen in ihre Rollen fanden. Der Don Alonzo des Herrn H. Heller war dank der Gewandtheit und Gefühlstiefe des Darstellers eine sehr gewinnende Figur. In kleineren Rollen bewährten sich vortrefflich die Herren A. Greiner (Don Eugenio), G. Essig (Don Contreras), P. Niedhammer (Donna Petronella), R. Schechinger (Lorenz), M. Rümelin (Sebastian), F. Kohler (Pedro), A. Müller (Fazio), G. Schmidt (Ambrosio). Neben den Herren W. Mast und D. Denzel seien auch die Leistungen der Damen und Herren, deren Namen nicht genannt sind, in Spiel und Tanz dankbar anerkannt. Möge die Bürgergesellschaft durch das Gelingen ihrer Bestrebungen angeregt, zu weiteren Taten von künstlerischem Belang schreiten, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck im Westen kommt wegen der Ausläufer des nordöstlichen Tiefes nur wenig zur Geltung. Für Dienstag und Mittwoch ist deshalb immer noch zeitweise bedecktes, wenn auch in der Hauptsache trodenes Wetter zu erwarten.

Amtliche Bekanntmachungen

Aufbewahrung von Asche.

In letzter Zeit sind mehrfach Brände dadurch entstanden, daß Asche nicht der Vorschrift entsprechend aufbewahrt wurde. Das Oberamt hat Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Asche, Ruß, Schlacken und andere Rückstände von verbrannten Stoffen im Innern von Gebäuden nur in Behältern aufbewahrt werden dürfen, die aus unverbrennbarem Stoff hergestellt und dicht verschlossen sind. In Räumen, in denen sich leicht brennbare oder besonders gefährliche Stoffe befinden, dürfen Aschenbehälter nicht aufgestellt werden.

Die Ortspolizeibehörden, Feuerwachen, sowie die Kammler werden angewiesen, Zuwiderhandlungen dem Oberamt zum Zwecke der Einleitung eines Strafverfahrens mitzuteilen.

Calw, den 11. März 1926.

Oberamt: J. B.: Amtmann Menzel.

Stuttgart, 13. März. Hier haben sich am Freitag in die Listen zum Volksbegehren über die Fürstenabfindung 4819 Wahlberechtigte eingetragen. Insgesamt sind damit für das Volksbegehren bis jetzt hier 44 112 Stimmen abgegeben worden.

Balingen, 13. März. Durch das kurz vor 12 Uhr einsetzende heftige Schneegestöber verlor der Führer des von Balingen nach Geislingen fahrenden Privatwagens vollkommene den Überblick auf die Straße. Um die Scheibe vom Schnee befreien zu können, wollte er das Auto halten lassen und hatte schon seinen Motor ausgekuppelt und alles Gas weggenommen, als das Auto, das vorchriftsmäßig rechts fuhr, gegenüber der Traube an einen Baum stieß und plötzlich hielt. Durch den Anprall wurden die Insassen aneinander gestoßen und gerieten in Aufregung. Mehrere Mädchen wurden ohnmächtig. Ernstste Verletzungen hat niemand erlitten. Die fünf behandelten Mädchen werden in einigen Tagen wieder vollkommen arbeitsfähig sein. Nur der Chauffeur erhielt einen gewaltigen Nervenschok und durch die Splitter der zertrümmerten Scheibe eine Verletzung der rechten, am Steuer rad gewesenen Hand.

Donauwörth, 14. März. Die militärische Übung des Konstanzer Jägerbataillons und des Donauwörther Ausbildungsbataillons auf der Strecke Engen-Geislingen-Wehingen-Donauwörth am 12. und 13. März nahmen einen spannenden Verlauf. Besonders interessant war der Angriff des Konstanzer Jägerbataillons, das von Engen her auf die Höhe des Stettener Schloßes vorrückte, wobei die neue Angriffsart der Reichswehr mit aufgelockertem Verband viel spannende Momente bot. Ferner die Ueberholung des Konstanzer Jägerbataillons über die Donau mit Hilfe von Gummifloßbänden. Am Morgen des 13. wurde das Gefecht von Geislingen in Richtung Wehingen-Donauwörth fortgesetzt. Der Übung wohnten der Infanterieführer von Stuttgart, General Weillwarth, mit seinem Stabe bei.

Sport.

Der Meisterkamps um die Süddeutsche Meisterschaft in Karlsruhe.

Große Vorbereitungen kostet so ein Meisterschaftskampf. Die Vereine, die aufeinandertrafen, waren der Karlsruher Fußballverein und die Spielvereinigung Fürtth. Schon zwei Stunden vor Spielbeginn begann sich der Platz allmählich zu füllen. Ein Vorspiel unterhielt die in Spannung wartenden 12 000 Zuschauer. Punkt 3 Uhr endete die Unterhaltungspartie und unter schwachem Beifall betraten die Spieler Fürtth den Platz. Orkanartig wurden die Karlsruher von ihren Fans begrüßt. Ein Gefühl des Geborgenseins muß die Spieler Karlsruhes überkommen haben, als sie so begrüßt anspielten. Fürtth drängt jedoch vom abgefangenen Anstoß hinweg mächtig. Die erste Aufregung brachte nichts als Gebälle und Straf-

schüsse. Da plötzlich wurde ein solcher von Karlsruhe in ein Tor verwandelt. Damit stand die Partie 1:0; für Karlsruher Fußballverein (K.F.V.); ungeheurer Beifall belohnte die hervorragende Tat. Es waren nur wenige Momente, die Karlsruhe am Fürtther Tor anbrachte. Fürtth war immer überlegen. Wie die Mannschaft stoppte, abspielte, ausspielte war wunderbar, nur einen großen Fehler beging sie, sie bedie die gegnerische Verteidigung nicht genug ab und in weiten Abständen machten sich die beiden Verteidiger Trauth und Huber Luft. Fürtth leitete jedoch Angriff auf Angriff ein, umsonst, die Partie steht bei Halbzeit 0:1 für Karlsruhe.

Leider wurde die Karlsruher Mannschaft in der zweiten Halbzeit durch Fehler des verwundeten Linksaußen Finneisen sehr geschwächt, als dann auch noch ein weiterer Spieler Karlsruhes den Platz verlassen mußte, war das Schicksal Karlsruhes besiegelt, umfomehr als zwei Minuten nach dem Anspiel die Partie 1:1 stand. Wiederholt rettete Eberlein ein Karlsruher Tor in der letzten Minute und Ge, der beste Spieler Karlsruhes, arbeitet unermüdet. Als dann das zweite Tor für Fürtth fiel, arbeiteten die Fürtther nur noch um den Vorsprung zu halten. Seidner ging als 4. Käufer zurück, Franz ging in die Mitte. Noch mehrere Male kamen die Karlsruher und die Fürtther in gefährliche Nähe der beiden Tore, umsonst, der Schlußpfiff trennte sie bei dem Stand von 2:1 für Fürtth.

Damit hat ein für Karlsruhe bedeutender Kampftag seinen Abschluß gefunden, allerdings ohne Punktgewinn.

Die erste Runde ist beinahe beendet. Bayern München und die Spielvereinigung Fürtth sind punktgleich und gelten als Favoriten auf die Südd. Meisterschaft, dann folgt Vf.R. Mannheim und am Schluß Karlsruhe und Frankfurt, das Hanau 93 durch einen gewonnenen Protest verdrängt.

Uns Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

100 holl. Gulden	168,49 Mk.
100 franz. Fr.	15,27 Mk.
100 schweiz. Frk.	80,95 Mk.

Stuttgarter Börsenbericht vom 14. März.

Die Börse konnte sich am Samstag im allgemeinen behaupten. Einige Papiere erzielten sogar Gewinne.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 13. März. Geläpfel 30-40, Tafeläpfel 15-30, Kartoffeln 4-5, Birnring 10-15, Filderkraut 7-9, Weiskraut rund 7-9, Rotkraut 8-12, Blumentohl p. St. 20-100, Rosenohl p. St. 40-50, rote Rüben p. Pfd. 6-8, gelbe Rüben 10-14, Zwiebeln 1 Pfd. 7 bis 10, Rettiche 1 St. 3-6, Sellerie 1 St. 10-30, Schwarzwurzeln 30-40, Spinat 35-45.

Calwer Wochenmarkt-Bericht.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Tafelbutter 2,20, Landbutter 1,60 M., Eier 11-12 S., Rotkraut 12 S., Kopfsalat 3 Stk. 80 S., Blumentohl 30-60, Aepfel 30-45, Tafeläpfel 50 S., Zufuhr in Butter und Eiern reichlich.

Holzpreise.

In Herrenberg kosteten buchene Scheiter 2,50, Klobholz 22, Brügel 19, 100 Wellen 33, eichene Roller 31, Brügel 15,50, Anbruch 13, Wellen 37, weißbuche Brügel 15, forchene Brügel 15,50, 100 Wellen 35 M. — In Nagold wurden erlöst für 1 Km. Laubholz, Hartholz, 22,70, Weichholz 15,40, Nadelholz 16,20, 10 Ogeh. Wellen Laubholz 33,10, Nadelholz 26,40 M. — In Kirchentellinsfurt wurden für buchene Brennholz teilweise der Höchstpreis bis zu 75 M. für 3 Km. erzielt. Für Fichtenstammholz ging durchweg der Anschlag durch. Für Klobbuchenstammholz wurden durchschnittlich 45 M. bezahlt.

Die dunkle Macht.

Kriminalroman von Erich Ebenstein.

Amer. Copprigt by Greiner & Comp., Berlin W 80. (Nachdruck verboten.)

28. Fortsetzung.

Eppich fuhr dann fort: „Sehen Sie, von Haus aus durch eigenes Vermögen in der Lage auf Erwerb verzichten zu können, widmete ich mich von Jugend an meiner großen Leidenschaft: dem Studium der Natur. Dabei bin ich manchen ihrer Geheimnisse auf die Spur gekommen, die segensbringend für die Menschheit verwertet werden konnten. Diese Entdeckung arbeitete ich zu einem System aus, und habe damit zahlreichen Leidenden wieder zur Gesundheit verholfen. Da so etwas sich im Laufe der Zeit herum spricht, bekam ich gegen meinen Willen einen gewissen Ruf — Wunderdoktor und — als Zugabe — die gefäßige Befolgung der studierten Herren Aerzte! Bestere zwangen mich wiederholt, den Wohnort zu wechseln, und hauptsächlich darum verfiel ich später auf den Einfall, mich den hilflosen Patienten nur mehr als Eppich bekannt zu machen. Meine Mutter war zweimal verheiratet, erst mit meinem Vater, Emil Koster, später mit einem Apotheker, namens Josef Eppich, der nun schon lange tot ist. Ich wurde in meiner Heimat zumeist mit dem Namen meines Stiefvaters gerufen, so daß ich mir kein Gewissen daraus machte, ihn nun gelegentlich wieder zu benutzen, besonders, da mich keinerlei böse Absicht dabei leitete. Es war einfach den ärztlichen Verfolgungen gegenüber ein Akt der Notwehr, ebenso wie meine inständige Bitte an die Patienten, über mich und die Hilfe, die ich ihnen leistete, so wenig als möglich zu andern zu sprechen.“

Aber ich begreife vollkommen, daß dies im gegenwärtigen Fall Ihr Mißtrauen erwecken mußte!“ schloß Eppich.

Hempel-Bebernegg streckte ihm herzlich die Hand entgegen.

„Na, nu sind wir aber ansieckert, haben Abbitte geleistet, und nun soll alles verjehen und verjessen sein, mich wahr?“

„Gewiß!“ Sie schüttelten einander die Hände und Witt verließ mit seinem Begleiter das Zimmer.

Eine Weile schritten die beiden Männer unten dann schweigend durch die Straßen, bis Silas Hempel endlich seinen Begleiter ansehend fragte: „Nun, was halten Sie von der Geschichte? Sind Sie noch überzeugt, daß Eppich der Schuldige ist?“

„Gott bewahre! Der Mann ist sicher so unschuldig an der Sache wie wir! Nun und nimmer kann er ein Raubmörder sein! Aber was er von Hommel erzählte, hat mich tief erschüttert. Arme, arme Isabella, daß sie in die Hände eines solchen Menschen geraten mußte und ich keine Ahnung davon besaß!“

„Ja, es ist gewiß sehr bitter für Sie, Herr Direktor, aber Klagen erwecken Tote nicht. Verzeihen Sie, wenn ich Sie daran mahne, daß zwei große Aufgaben Ihrer harren: Die Tote zu rächen, indem Sie ihren Mörder der Gerechtigkeit überliefern und — Fräulein Mangold vor dem gleichen Schicksal zu bewahren!“

Witt blickte verwirrt auf.

„Fräulein Mangold? Sie glauben, daß sie in Gefahr ist? Jetzt noch?“

„Jawohl, das glaube ich! Beachten Sie doch die Ähnlichkeit der Fälle, Karwendel, Witt und Mangold: Ueberall werden die Opfer durch Hypnose dem Willen dieses Hommel unterworfen, große Geldsummen durch sie flüchtig gemacht, die sie Hommel zu übergeben haben.“

„Wie — Sie glauben, daß auch Frau Karwendel in Beziehungen zu Hommel stand?“

„Ich zweifle nicht daran! Nach allem, was ich bisher über den Gang der Unteruchung in Erfahrung brachte, steht man auch dort den Tatsachen gegenüber, daß Frau Karwendel in letzter Zeit nicht nur wiederholt größere Summen flüchtig machte, die bei ihrem Ableben unauffindbar waren, sondern daß sie auch einige Male zu ihrem Kammermädchen, Lilly Hossau, die Bemerkung machte, sie lasse sich jetzt von einem Magnetiseur gegen Schlaflosigkeit behandeln. Außerdem fand man doch auch bei ihr denselben wie bei den andern Damen. Ach

halte es also für außer Frage stehend, daß auch hier Hommel der Verbrecher ist!“

„Haben Sie die Behörde darauf aufmerksam gemacht?“

„Ich werde mich hüten! Ohne Beweise würde man mich einfach für einen Phantasten erklären und auslachen. Nun ergibt sich aber die Frage: Warum wurden die andern beiden Opfer getötet, während man Fräulein Mangold am Leben ließ? Offenbar doch nur, weil sie für Hommel ihren Zweck erfüllt hatten und er fürchtete, daß sie ihn unabsichtlich verraten könnten, wenn jemand aus ihrer Umgebung dem Verbleib der Selber nachforschen würde.“

„Wie es bei Helene Mangold ja nun tatsächlich der Fall war, nachdem es meinem Bruder gelang, Hommels Einfluß zu brechen!“

„So ist es. Daß sich freilich überhaupt die Gelegenheit dazu bot, das heißt, daß Fräulein Mangold noch lebt, kann nur zwei Ursachen haben: Entweder Hommel fand nicht Zeit, sie aus der Welt zu schaffen, oder — er verfolgt mit ihr noch weitere Zwecke. Auf jeden Fall warnen Sie Ihren Bruder. Denn es ist sehr wahrscheinlich, daß Hommel — welche meiner Annahmen auch die richtige sein mag — danach trachten wird, sie wieder in seine Gewalt zu bekommen.“

„Sie halten das wirklich für wahrscheinlich?“

Für nahezu gewiß sogar! Bedenken Sie doch, in welcher Unruhe er leben muß, sie in einem Sanatorium zu wissen, wo er keine Möglichkeit hat, Einfluß auf sie zu nehmen, dagegen Aerzte, sogar Nervenärzte, jederzeit Gelegenheit hätten, ihr Unterbewußtsein wachzurufen, wenn sie auf den Einfall kämen, sie zu hypnotisieren! Hoffentlich ahnt er nicht, daß dies durch Ihren Bruder bereits geschah, sonst würde ich keinen Pfennig für das Leben Helene Mangolds geben!“

„Ich werde meinen Bruder darauf aufmerksam machen. Nun aber muß ich Ihnen noch ein Geständnis machen, Herr Hempel: Ich glaube nicht mehr, daß meine arme Isabella ermordet wurde! Es war doch wohl Selbstmord! Selbstmord, ausgeführt im suggestiven Auftrag Hommels! Sind Sie nicht auch dieser Ansicht?“

(Fortsetzung folgt.)

In der Samstagnummer des Calwer Tagblatts beschäftigt sich ein Artikelschreiber mit dem Besitze des früheren deutschen Kaisers in Doorn. Er regt sich auf, daß das Haus Doorn so schön eingerichtet worden sein soll.

Außerdem wird aber in demselben Artikel behauptet, der frühere deutsche Kaiser habe ein Vermögen von 80 Millionen Mark und die Sache wird so dargestellt, als ob nach dem Volksbegehren diese 80 Millionen dem früheren deutschen Kaiser nicht genommen werden sollen. Leider stimmt die Sache nicht; vielleicht hat der Artikelschreiber den Paragraph 1 des Volksbegehrens nicht gelesen:

Was will denn der Volksentscheid?

Der Artikel 1 des Volksbegehrens lautet:

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohl der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet."

Nichts, auch nicht ein Pfennig soll nach dem Wunsche der Linken den verhafteten Fürsten bleiben. Sachlich liegen die Dinge in Württemberg so, daß nicht der geringste Anlaß vorliegt, in das schwebende Ausgleichsverfahren zwischen Staat u. Fürstenhaus einzugreifen. Aber auch hier schreckt die Hege der Linken auch nicht davor zurück, die Königin-Witwe als Bettlerin auf die Straße zu jagen.

Mancher glaubt wohl, wenn er dem Volksbegehre seine Stimme gibt, so schlimm sei es nicht gemeint. Und doch ist es so: "Enteignung des gesamten Vermögens ohne Entschädigung." Wir sollen unserm verstorbenen ehrwürdigen König die Schmach antun, die Königin-Witwe, so erklären sie zynisch, auf Erwerbslosenunterstützung zu setzen!!

Amtsgericht Calw.

Ueber das Vermögen des Carl Cramer, Inhaber einer Möbelhandlung in Liebenzell wurde am 12. März 1926, nachmittags 3 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Bezirksnotar Feuchtl in Calw.

Frist zur Anmeldung von Konkursforderungen bei Gericht: 31. März 1926.

Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132 ff. der R.O. bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist bestimmt auf 12. April 1926, nachmittags 3 Uhr.

Offener Arrest ist erlassen. Anzeigepflicht an den Konkursverwalter bis 31. März 1926.

Den 12. März 1926.

Frauenarbeitschule Calw.

Am Dienstag, den 20. April 1926 beginnt der

neue Kurs.

Die Schülerinnen wollen sich zur Aufnahme am Mittwoch, den 31. März, nachmittags 2 Uhr, im früheren Bezirkskommando, Schlossberg, einfinden. Nur diejenigen Schülerinnen, welche sich an genanntem Tag mündlich oder schriftlich melden, können am 20. April angenommen werden. Auswärtige Schülerinnen bringen ihre Fahrkartenausweise zum Abstempeln mit.

Calw, 15. März 1926.

Die Schulleiterin: Lisa Fechter.

Althengstett.



Gasthaus-Verkauf!

Die Erben der verstorbenen Adlerricht W e r k t Witwe hier beabsichtigen das in sehr günstiger Lage des hiesigen Orts und an verkehrreicher Hauptstraße gelegene

Gasthaus zum „Abler“

(dingliche Berechtigung) samt Scheuer und Stallungen zu verkaufen. Das Anwesen ist für tüchtigen Geschäftsmann sehr geeignet. Liebhaber wollen sich an den Unterzeichneten wenden.

Schultheiß: Braun.

Stammheim.

Der Unterzeichnete verkauft im Auftrag am nächsten Donnerstag, den 18. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zum „Röhle“



1 vierjährig. Fuchswallachen u.

1 fünfjährigen Braunwallach,

beide mittelschwer und sehr gut im Zug.

Gottlob Schaible.

15jähriger fleißiger, williger

Bursche

sucht Stelle gleich welcher Art. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Zirka 100 Meter

Drahtgeflecht

gibt billig ab Eugen Stog, Hirsau.

Forstamt Hirsau.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftl. Aufstreich.

Am Freitag, 26. März

1926 nachm. 12 1/2 Uhr im

Röhle in Hirsau aus sämtl.

Staatswaldbeständen 2320

La, 505 Fk mit im Lang-

holz: 478 I., 429 II., 365 III.,

254 IV., 268 V., 92 VI. Kl.

Sägh: 65 I., 50 II., 13 III.

Kl. 681 Fo mit im Lang-

holz: 153 I., 257 II., 196 III., 71

IV., 18 V., 1 VI. Kl. Sägh:

24 I., 31 II., 13 III. Klasse.

Losverzeichnisse und Ange-

botsvordrucke von der Forst-

direktion G. f. S. Stuttgart.

Forstamt Wiltberg.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftl. Aufstreich.

Am Mittwoch, den 24.

März 1926 in Wiltberg

aus Staatswald des ganzen

Forstbezirks Stämme: 584

Fk, 49 La, 211 Fo, 3 La

mit im: 9 I., 22 II., 99 III.,

90 IV., 121 V., 21 VI. Kl.

Abzahn: 4 Fk, 4 La, 50 Fo

mit im: 7 I., 11 II., 18 III.

Kl. Schriftl. Angebote in

ganzen und Zehntelprozenten

der 1926er Landesgrund-

preise spätestens bis mittags

12 Uhr an das Forstamt.

Eröffnung der Angebote um

2 1/2 Uhr nachm. im Ofen.

Losverzeichnisse u. Angebots-

vordrucke durch die Forst-

direktion G. f. S. Stuttgart.

Bekanntmachung betreffend die Verwendung von Zweiwochenmarken für die Invalidenversicherung.

Die Verwendung von Zweiwochenmarken für die Invalidenversicherung bietet den Arbeitgebern insofern nicht unerhebliche Vorteile, als das Arbeitslohn wesentlich eingeschränkt wird, und die Gebrauchszeit der Quittungskarten sich verdoppelt. Dadurch macht auch die Landesversicherungsanstalt bedeutende Ersparnisse an Quittungskarten und Beitragsmarken.

Zweiwochenmarken werden in den gangbarsten Sorten von solchen Postanstalten vorrätig gehalten und in beliebigen Mengen abgegeben, bei denen ein dringliches Bedürfnis vorliegt.

Auch von der Kasse der Landesversicherungsanstalt (Postfachkonto Nr. 1161) können Zweiwochenmarken in jeder Menge gegen Voreinsendung des Wertes und Portos bezogen werden.

Stuttgart, den 3. Februar 1926.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Württemberg: Biesinger:

Sportmützen

Lodenhüte

Stoffhüte

Ledermützen

und Auto-Hauben

Reichert

Kleine Anzeigen — Große Auswahl

Zahlungsschwierigkeiten

und Konkursgefahr beseitigt,

Revisions-, Forderungsinzug (event. Kauf), Hypotheken zu mäßigen Zinssatz, Steuerfachen, Eheverträge (Gütertrennung) und Aufwertungsachen werden gewissenhaft erledigt.

Angebote unter G. S. Nr. 61 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Blaue Arbeits-Anzüge

in allen Größen empfiehlt

Frau Karl Eberhard, Witwe beim städtischen Waghause.

Sprengstoffe

Sprengkapseln

Zündschnüre

Gerhard Paulus, Liebenzell,

Fernsprecher 15.

zum

Stochholz-

machen

Was ist das letzte Ziel des Randzugs an den Fürsten?

Die „Tagwacht“ (Nr. 29 vom 25. Februar) plaudert aus, um was es sich bei diesem Lügenfeldzug handelt. Sie zitiert ein geheimes Rundschreiben Nr. 12 der Berliner R. P. D. vom 28. Januar, in dem es nach ihrem eigenen Zeugnis heißt:

„Die Frage der Fürstenenteignung ist für uns die Frage um weitergesteckte Ziele, bei denen der Stimmzettel nur als agitatorisches Hilfsmittel in Frage kommt und als Gradmesser unserer Stärke dient. Das muß von unseren Genossen genau beachtet werden.“

Der Kampf geht, nach den eigenen Worten der Linken, „um weiter gesteckte Ziele“. Wer dem Volksbegehre seine Stimme gibt, hilft d. Bolschewismus in den Sattel!

Früh-Kartoffeln zur Saat

blaue, gelblichgelbe „Odenwälder“, sehr schmackhaft und ertragreich verkauft das Pfund zu 7 Pfennig Friedr. Pfommer.

Saatweizen

= Gerste

= Hafer

in erprobten Sorten in Original u. 1. Nachbau empfiehlt

Otto Jung

Landesprodukte.

Einige

Lehrmädchen

und

Lehrlinge

werden zur gründlichen Ausbildung angenommen bei

Lorenz Beihöfer, Eisfabrik, Unterreichenbach.

Oberreichenbach.

Ein wüchsiges

Rindle

verkauft Benjamin Mohr.

Verein für das Deutschtum im Ausland.

Montag, 15. März 1926 abends 8 Uhr im „Weißen Saal“

Vortrag

von Herrn Regierungsmedizinalrat Dr. Hölcher Alm

Südtirol u. Sudetendeutschtum

Hierzu lädt alle, denen die deutsche Not zu Herzen geht, ein Verein für das Deutschtum im Ausland Dr. Beh, Medizinalrat.

Altbulach, den 14. März 1926.

Todes-Anzeige.



Verwandten und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe Gattin, Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Frída Rathfelder

heute früh im Alter von 64 Jahren nach langem schwerem Leiden gestorben ist.

In tiefer Trauer:

der Gatte: Georg Rathfelder

mit Kindern und Enkeln.

Beerdigung Dienstag Mittag 1/2 Uhr.

Gerahmte Evang. Buchhandlung Carl Spambalg Hermannstrasse Fernsprecher Nr. 189

BILDER

Neuzeilliche Gesichtspunkte

sind es, die den Geschäftsmann zur ANZEIGEN-REKLAME veranlassen.